

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung der Anträge Drucksache 14/2105 – Neudruck – und Drucksache 14/2415 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –**, den **Ausschuss für Frauenpolitik**, den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** sowie den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturereform**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Sind Sie damit einverstanden? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Überweisungsempfehlung mit Zustimmung aller vier Fraktionen so beschlossen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf:

## **12 Trendwende in der Kulturpolitik Nordrhein-Westfalens**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/2100 – Neudruck

Entgegen dem Ausdruck in der Tagesordnung haben sich die Fraktionen darauf verständigt, heute keine Beratung durchzuführen. Diese soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Wir kommen insofern sofort zur Abstimmung über die Empfehlung des Ältestenrates, den **Antrag Drucksache 14/2100 – Neudruck – an den Kulturausschuss zu überweisen**. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch bei dieser Überweisungsempfehlung sehe ich die Zustimmung des gesamten Hauses.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu:

## **13 Viertes Gesetz zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG) und Zweites Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes (LAufG)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/2241

erste Lesung

Herr Innenminister Dr. Wolf hat seine Rede zur Einbringung dieses Gesetzentwurfs zu Protokoll gegeben. (Siehe Anlage)

Eine Aussprache ist ebenfalls nicht vorgesehen.

Wir kommen damit direkt zur Abstimmung über die Empfehlung des Ältestenrates, den **Gesetzentwurf Drucksache 14/2241 an den Innenausschuss – federführend –**, den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration**, den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturereform** sowie den **Haushalts- und Finanzausschuss zu überweisen**. Wer hiermit einverstanden ist, bitte die Hand heben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Mit Zustimmung aller Fraktionen ist auch diese Überweisungsempfehlung angenommen.

Wir kommen zu:

## **14 Drittes Gesetz zur Änderung des Wohnungsbauförderungsgesetzes (WBFG)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/2399

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich für die Landesregierung Herrn Minister Breuer in Vertretung von Herrn Minister Wittke das Wort. Bitte sehr.

**Michael Breuer**, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will dem Eindruck entgegenwirken, das Parlament sei mit fortlaufender Tagesordnung sprachlos geworden. Trotzdem möchte ich in gebotener Kürze vortragen.

Wir haben im März dieses Jahres – dazu hatten die Fraktionen von CDU und FDP die Landesregierung aufgefordert – das Bewilligungsverfahren in der sozialen Wohnraumförderung entsprechend angepasst. Derzeit sind 88 kommunale Bewilligungsbehörden, und zwar 23 kreisfreie Städte, 34 große kreisangehörige Städte und 31 Kreise, für die Erteilung von Förderzusagen für zinsgünstige Darlehen zuständig. Die Regierungsfractionen hatten angeregt, mit diesen Bewilligungsbehörden und den kommunalen Spitzenverbänden zu prüfen, ob die Zuständigkeiten in wenigen Bewilligungsbehörden gebündelt werden können. Dabei sollte die vorhandene Bürgernähe möglichst gewährleistet bleiben.

Im April haben wir an diesem Ort über die Möglichkeit diskutiert, die großen kreisangehörigen Städte von der Aufgabe zu entbinden und den Zuständigkeitsbereich der Kreise entsprechend zu erweitern. Nachdem sich die Kreisverwaltungen